Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung ...

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 292 — 84. Jahrgang. — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postscheck: Dresden 2640 — Donnerstag 17. Dezember 1925

Der Erlaß des Generals v. Seeckt.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Man hat so oft über die Vielregiererei geschimpft oder gespottet; man hat gescholten über die Vielregiererei von ehemals, die den Staatsbürger von der Wiege bis zur Bahre umhegte, gängelte, einengte und was sonst noch alles. Aber trotz allen Spottes scheint es bis jetzt nicht um ein Haar besser geworden zu sein. Damit geht es uns nicht anders wie den Amerikanern. Ein Witzwort sagt, daß man sich bei der Einfahrt in den Hafen von Newyork die dort stehende Riesenstatue der Freiheitsgöttin recht genau ansehen soll, weil man damit zum letztenmal etwas von Freiheit in Amerika erblicke.

Täglich speit auch bei uns die Gesetzgebungsmaschine neue Paragraphen auf den Staatsbürger aus, lieblich begleitet durch ein Trommelfeuer von behördlichen Verordnungen und Verfügungen. Jede Behörde ist besorgt, von sich reden zu machen — nur ist dieses Reden fast immer ein gröbliches Zürnen des Staatsbürgers. Und noch ängstlicher ist jede Behörde besorgt, daß man ihr nur gar nichts von ihrer „Zuständigkeit“ nimmt. Es wird eben nicht nur sehr viel, viel zu viel regiert —, es wird vor allen Dingen viel zu viel von oben herab regiert, den unteren Instanzen viel zu wenig Selbständigkeit gelassen, viel zu viel den Oberbehörden „zur Genehmigung“ vorgelegt —, und wenn es sich um die Anschaffung eines Scheuerlappens zum Bureauauswischen handelt.

Früher war besonders beim Militär der „Papierkram“ und das Reglementieren besonders üppig entwickelt; das hat auch im Kriege bis in den Schützengraben hinein viele Blüten getrieben. Mancher Kompagnieführer ist von der Intendantur wegen irgendeiner nicht abgelieferten Kuhhaut gepeinigt worden mit Anforderungen von Berichten. Da fällt einem die Wut ein, mit der der bekannte Generalfeldmarschall von Wrangel das „Federvieh“ haßte; in derartigen Fällen schrie er dann: „Ich schreibe nicht mit die Feder, ich schreibe mit das Schwert!“ Und gerade aus Militärkreisen stammt nun eine Aktion, die heiteres Schmunzeln und fröhliche Erinnerungen erweckt. General von Seeckt hat nämlich einen Erlaß gegen die Bureaukratie und die Ressortleitelkeit der verschiedenen militärischen Behörden losgelassen, der sich auch gegen den allzu schleppenden und zeitraubenden Geschäftsgang richtet. Gesuche werden wiederholt. Anordnungen erst nach Wochen ausgeführt, was nicht in einem Mangel an Fleiß, sondern in dem Überhandnehmen der bureaukratischen Sitten seine Ursache habe. „Ich fürchte, daß sich statt des Schriftverkehrs von Haus zu Haus jetzt einer von Zimmer zu Zimmer entwickelt; vor allem fürchte ich eine Ressortleitelkeit, die verlangt, zu allem und jedem gehört zu werden, und nicht zuläßt, daß mir die neue Form eines Hufnagels vorgeschlagen wird, ehe nicht T. 1, 2, 3, 4, V. A., Wa. A. J. W. G., Jn. 1—7, Rechtsabt. und Friko ihr schriftliches Votum abgegeben haben.“

Überhaupt der Hufnagel! Der hat es dem General von Seeckt anscheinend ganz besonders angetan. Er sagt humorvoll spottend in dem Erlaß: „Ich fürchte aber noch mehr, daß über diesen Hufnagel wohl von seiten der Abteilungen wie der Inspektionen einzeln alle Truppenteile befragt worden sind.“ Und dann das Donnerwort: „Wenn mir dann der Hufnagel zur Entscheidung mit allseitiger Zustimmung von der allein maßgebenden Vet.-Insp. vorgelegt wird, dann sind entweder inzwischen 100 Pferde unnötig lahm geworden, oder es bleibt bei dem alten bewährten Hufnagel, und Ministerium und Truppe haben umsonst gearbeitet.“ Natürlich ist dieser Hufnagel, wie Seeckt sagt, „als Symbol“ aufzufassen. Aber er hat sich offenbar so tief dem Chef der Heeresleitung ins Herz gebohrt, daß er nun zu diesem hoffentlich beachteten Erlaß geführt hat.

Man mag nur wünschen, daß in den anderen Behördenzweigen ähnliche Erlasse nicht bloß herausgehen, sondern auch Beachtung finden. Dazu gehört aber die Beachtung nicht nur der unteren Stellen, sondern ganz besonders der oberen. Die Staatsverwaltung ist nämlich nicht Zweck an sich, sondern ist für den Bürger da, nicht aber, wie leider manchmal zu spüren ist, umgekehrt.

Deutscher Reichstag.

(136. Sitzung.) CB. Berlin, 15. Dezember.

Das Haus setzte die Beratung der Anträge auf Aufbesserung der

Beamtengehälter

fort. Dabei bedauerte zuerst der Abg. Groß (Ztr.) die Haltung der Regierung in der Besoldungsfrage. Wenn man den Beamten, so meinte er, nichts hätte geben wollen, dann hätte man nicht solche Hoffnungen bei ihnen erwecken dürfen, die nun so bitter enttäuscht seien. Der Redner verteidigte schließlich den Ausschußantrag gegen den Vorwurf, daß er unsozial sei.

Abg. Steinkopf (Soz.) bestritt, daß der frühere Reichskanzler Bauer den Empfang einer Beamtendeputation abgelehnt habe und trat für den Ausschußantrag ein. Er verlangte weiter, daß auch die Reichsbahngesellschaft die gleiche Regelung für ihre Beamten vornimmt.

Abg. Lucke (Wirtsch. Vgg.) wandte sich dagegen, die schwere Notlage der Beamten zum Werkzeuge parteipolitischer Agitationen zu machen, und meinte, es wäre ein Unrecht, wenn man die Besoldungsgruppen VII bis XII ganz unberücksichtigt lassen würde.

Abg. Dauer (Bayer. Vp.) empfahl den Antrag seiner Fraktion, dem der Reichskanzler zugestimmt habe. Es habe darum keinen Zweck, weitergehende Anträge zu stellen, deren Durchführung am Widerstande der Regierung scheitern würde.

Abg. Dietrich-Franken (Völk.) meinte, die Beamtenschaft, die mit solchen Bettelpfennigen abgespeist werde, könne es nicht verstehen, wenn auf der anderen Seite die Reichsmittel mit vollen Händen ausgegeben würden. Wenn die Minister sich freiwillig in die Besoldungsgruppe 4 versetzen ließen, dann würden sie mehr Verständnis für die Not der Beamten haben.

Abg. Tiedt (Komm.) kritisierte die völlig unzureichende Fürsorge für die Kriegsbeschädigten.

Reichskanzler Dr. Luther

erklärte darauf, daß die Regierung es bedauern würde, wenn sich aus der Fülle der Abstimmungen ein Bild ergeben würde, das sich nicht erfüllen ließe. Für die jetzige geschäftsführende Regierung sei es unmöglich, eine Regelung zur Ausführung zu bringen, die schon eine Dauerregelung enthalte und der neuen Regierung vorgreife. Die jetzige Regierung lege das größte Gewicht darauf, daß etwas Positives zustande komme, aber man müßte immer die sehr beschränkten finanziellen Möglichkeiten im Auge behalten. Deshalb sei es das beste, wenn der Antrag der Bayerischen Volkspartei angenommen würde. Die Regierung sei damit einverstanden, den Frauenzuschlag von 5 auf 10 Mark zu erhöhen.

Es wäre gewiß zu begrüßen, so meinte der Reichskanzler weiter, wenn man die Beihilfe auch den über Gruppe 6 hinausgehenden Besoldungsgruppen gewähren könnte. Angesichts der deutschen Finanznot müsse man sich aber bei solchen Notstandsmaßnahmen auf den engsten Rahmen, in diesem Falle auf die Gruppen beschränken, bei denen die Not am größten ist. Die Länder und Gemeinden wären zu einer Ausdehnung auf weitere Gruppen nicht in der Lage. Von der preußischen Staatsregierung sei die Auskunft eingegangen, sie sei nicht in der Lage, aus eigenen Kräften den Beamten von Gruppe 7 aufwärts eine Aufbesserung zu gewähren. Eine Erschütterung der Finanzen würde die Beamten am meisten schädigen. Damit war die Aussprache beendet.

Zu dem Antrage des Haushaltsausschusses lag ein Antrag Frick (Völk.) vor, der die Reichsregierung ersucht, unverzüglich eine neue, auf der Grundlage eines ausreichenden Existenzminimums aufgebaute Besoldungsordnung vorzulegen. Der Antrag wurde im Hammelsprung mit 209 gegen 138 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Der zweite Teil des Antrages, der eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 100 Mark verlangt, wurde abgelehnt.

Die Beamtenbeihilfen.

Nachdem in langer Geschäftsordnungsdebatte sich der Reichstag entschieden hatte, zuerst über den Antrag der Bayerischen Volkspartei abzustimmen, erklärte der Abg. Steinkopf (Soz.), daß nunmehr seine Freunde zu ihrem Bedauern für den Antrag der Bayerischen Volkspartei stimmen müßten, um überhaupt etwas für die Beamten zu retten. Nach der Annahme eines Änderungsantrages wurde dieser Antrag mit großer Mehrheit in der Form angenommen, daß als einmalige Weihnachtsbeihilfe gezahlt werden soll den Beamten, Wartegeld- und Ruhegehaltsempfängern, Beamtenhinterbliebenen und Angestellten der Gruppen 1—4 ein Viertel, den Beamten usw. der Gruppen 5—6 ein Fünftel des Dezembergehalts, mindestens aber den Ledigen 30 Mark, den Empfängern eines Frauenzuschusses mindestens 40 Mark, den Empfängern von Kinderzuschüssen außerdem 5 Mark, den Vollwaisen insgesamt 10 Mark, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ein Viertel der Dezemberbezüge. Die weiteren Anträge waren damit erledigt.

Angenommen wurde weiter eine Entschließung der Demokraten, daß die Reichsbahngesellschaft die den Ausgewiesenen gewährten Darlehen zum vollen Betrage niederschlagen möge. Weiter wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen auf Vorlegung einer Denkschrift mit einer erschöpfenden namentlichen Übersicht über die zurzeit laufenden Pensionen und Wartegelder sämtlicher Reichskanzler, Reichsminister, Staatssekretäre und Generäle aller Grade außer Dienst und im einstweiligen Ruhestande.

Schließlich gelangte noch der Antrag der Deutschnationalen zur Annahme, der schleunigst einen Gesetzentwurf zur Regelung der Ministerpensionsgehälter verlangt.

Der Gesetzentwurf zur Entlastung des Reichsgerichts wurde nach kurzer Aussprache in zweiter und dritter Lesung in der unveränderten Ausschußfassung angenommen. Ebenso eine Novelle zur Staatswirtschaftsordnung.

Dr. Kochs Richtlinien.

Fortschritt der Verhandlungen.

Die Besprechungen, die der vom Reichspräsidenten zur Kabinettsbildung aufgeforderte Vorsitzende der Demokratischen Partei, Reichsminister a. D. Koch, mit den verschiedenen Parteien hatte, haben noch nicht zu einem Abschluß geführt. Die Sozialdemokraten erklärten Koch, daß sie nach wie vor zu der aktiven Mitarbeit in der Großen Koalition bereit sind.

Die Deutsche Volkspartei kam noch nicht zu einem offiziellen Entschluß, will aber gemeinsam mit den anderen Parteien weiterberaten. Die Bayerische Volkspartei war mit der Persönlichkeit Kochs einverstanden. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung nahm zu der Frage der Regierungsbildung Stellung. In ihrem Beschluß brachte sie zum Ausdruck, daß sie eine neue Regierung unterstützen werde, wenn nach dem Programm und der Zusammensetzung dieser Regierung die Gewähr dafür geboten sei, daß die Interessen des werktätigen Mittelstandes gebührende Berücksichtigung fänden. Der Zentrumsvorsitzende Fehrenbach sprach sich entschieden für die Große Koalition aus. Für Dienstag mittag rief Reichsminister a. D. Koch eine gemeinsame Sitzung der Parteien ein, in der er Richtlinien für das von ihm zu schaffende Kabinett vorlegte. Die sozialpolitischen Richtlinien Dr. Kochs sind in Gemeinschaft mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns festgelegt worden. Für den Fortgang der Verhandlungen sollen ersprießliche Aussichten bestehen. In der Hauptsache handelt es sich noch immer um die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei. Die Person Dr. Kochs soll auch bei den Volksparteilern keinerlei Schwierigkeiten begegnen.

*

Die Erhöhung der Beamtengehälter.

Reichskanzler Dr. Luther empfing die Vertreter der Reichstagsfraktionen zur Besprechung über die Anträge auf Erhöhung der Beamtengehälter. Die Besprechungen, an denen Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Bayerischen Volkspartei teilnahmen, wurden nach kurzer Zeit unterbrochen, aber später wieder aufgenommen.

Loucheur zurückgetreten.

Die Ablehnung im Finanzausschuß.

Paris, 15. Dezember. Der heute abend in der Finanzkommission eingebrachte Antrag lautet: Die Finanzkommission bestätigt, nachdem sie die Projekte an die Regierung zurückverwiesen und neuerdings den Finanzminister angehört hat, ihre Entschließung vom 14. Dezember und beschließt, in die Beratung derjenigen Projekte einzutreten, die sie zur Erörterung zurückbehalten hat. Nach dieser Sitzung begab sich der Vorsitzende Malvy mit dem Generalberichterstatter Lamoureux zum Ministerpräsidenten Briand, um ihn über die Lage zu unterrichten und zu erklären, daß sie nicht mehr an die Möglichkeit einer Zusammenarbeit der Kommission mit dem Finanzminister glaubten. Malvy erklärte nach dieser Unterredung den Pressevertretern, daß die Abstimmung in der Finanzkommission keineswegs gegen die Regierung in ihrer Gesamtheit oder gegen den Ministerpräsidenten gerichet sei.

Die Demission.

Paris, 15. Dezember. Kurz nach der Besprechung Briands mit Malvy und Lamoureux empfing Ministerpräsident Briand den Finanzminister Loucheur, der sein Demissionsschreiben überreichte.

Caillaux Nachfolger?

Paris, 16. Dezember. Ueber die Nachfolge Loucheurs ist noch nichts bekannt. Doch erregt es gewisses Aufsehen, daß Caillaux kurz nach der Abstimmung der Finanzkommission in der Kammer erschien, um sich darauf zum Ministerpräsidenten zu begeben.

Paris, 16. Dezember. Für den heutigen Mittwoch früh ist ein Ministerrat anberaumt, der eine Entscheidung über die Nachfolge Loucheurs treffen wird. Briand erklärte gestern abend, daß der neue Finanzminister ebenfalls ein Parlamentarier sein werde, dem man einen technischen Mitarbeiter zur Seite stellen werde. Nach der vorherrschenden Auffassung in parlamentarischen Kreisen dürfte Caillaux zum Nachfolger ausersehen sein. Als Unterstaatssekretär der Finanzen wird in diesem Falle Pietri in Betracht kommen.

Militärrevolte in Nordirland.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 15. Dezember. Die etwa 3500 Mann starken außerordentlichen Polizeitruppen der Ulster-Republik, die die Regierung jetzt aufzulösen beabsichtigt, haben gegen die Entlassung protestiert und und allmählichen Abbau gefordert. Die Entlassenen forderten eine steuerfreie Entschädigung von 200 Pfund. Als die Regierung diese Forderungen abschlug, besetzten die Polizeitruppen in Ballycastle und Londonderry die Arsenale und verhafteten die führenden Offiziere der Garnison. Die Bewegung ist heute im Laufe des Tages auf Belfast übergegriffen, wo es zu schweren Zusammenstößen zwischen Truppenaufgeboten und Polizeimannschaften kam. Den Meuterern gelang es auch, hier sich der Kasernen und Waffenniederlagen zu bemächtigen. Mehrere Offiziere, die sich zu widersetzen versuchten, wurden gefangengenommen. Die Polizisten weigern sich, mit der Regierung zu verhandeln, bevor man ihre Bedingungen erfüllt hat. Die Lage ist sehr besorgniserregend, da die Meuterer im Lande viel Unterstützung finden. Die Regierung hat mitteilen lassen, daß sie die Forderungen für unerfüllbar halte und die Arsenale und Kasernen nötigenfalls mit Waffengewalt einnehmen werde.